



Beschlussbuch

2. Landesdelegiertenkonferenz

SPDqueer Berlin 2018

Donnerstag, 22. November 2018

Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163 in 13353 Berlin im Erika-Heß-Saal

Beschlüsse

A 1/II/2018

Änderung des Geschlechts im Geburtenregister – Änderung des Personenstandsgesetz

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert:

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu Berlin wird aufgefordert:

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu Berlin sollen sich verstärkt für die Abschaffung des am 01. Januar 2019 in Kraft tretenden § 45b Abs. 3 im Personenstandsgesetz einsetzen. Dieser fordert einen ärztlichen Beweis für die Änderung des Geschlechts im Geburtenregister.

Begründung:

Ab dem 01. Januar 2019 tritt das neue Gesetz zum dritten Geschlecht in Kraft. Dieses sieht unter § 45b Abs. 3 im Personenstandsgesetz vor durch Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung nachzuweisen, dass eine Variante der Geschlechtsentwicklung vorliegt. Neben dem gleichen Vorgehen im Transsexuellengesetz (TSG) festigt diese Methode der Beweispflicht einer sexuellen Veränderung das Bild von Transsexualität als Krankheit und damit als ärztlich diagnostizierbar.

A 2/II/2018

LGBTTI*Q-Rechte in der EU als verbindliche Rechtsnormen implementieren

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

Die sozialdemokratischen Mitglieder im Europäischen Parlament und der Bundesregierung sind aufgefordert, darauf hinzuwirken, gleichgeschlechtlich geschlossene Ehen EU-weit anzuerkennen.

A 3/II/2018

Umsetzung der „Charta Vielfalt“

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Die SPD-Stadträte und SPD-BVV-Mitglieder in den Bezirken, die SPD-Senatorinnen und Senatoren sowie die SPD-Abgeordneten des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert sich in ihren jeweiligen Bezirken dafür einzusetzen, dass die sogenannte „Charta der Vielfalt“ nach dem Beispiel Treptow-Köpenick (Anhang des Antrages) schnellstmöglich und ohne Verzögerung in allen Bereichen umgesetzt wird. Sollte solche eine „Charta der Vielfalt“ in einem Bezirk nicht existieren, sollte diese umgehend eingefordert und verabschiedet werden.

Weiterhin ist ein Bericht aller Bezirke wünschenswert, in dem erläutert wird, welche Maßnahmen bereits vollzogen beziehungsweise in Planung sind sowie verdeutlicht wird wo noch welcher Bedarf besteht.

Begründung:

Berlin ist eine Stadt geprägt von Vielfalt. Im täglichen Leben gibt es immer wieder Diskriminierungen. Die Bezirke und deren Verwaltungen müssen ihre Vorreiterfunktion im Kampf gegen Diskriminierung und für Vielfalt wahrnehmen. Die Umsetzung beziehungsweise Einsetzung der „Charta der Vielfalt“ ist damit unabdingbar.

Anlage zum Antrag „Umsetzung der Charta Vielfalt“

(Quelle: <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/politik-und-verwaltung/charta-der-vielfalt/ueber-die-charta/artikel.688234.php>)

Charta der Vielfalt - Das Bezirksamt Treptow-Köpenick hat sich als Unterzeichnerin der Charta der Vielfalt im Jahr 2013 zu den folgenden Inhalten bekannt.

Charta im Wortlaut

Diversity als Chance – Die Charta der Vielfalt für Diversity in der Arbeitswelt

Die Vielfalt der modernen Gesellschaft, beeinflusst durch die Globalisierung und den demografischen Wandel, prägt das Wirtschaftsleben in Deutschland. Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen. Das betrifft die Vielfalt in unserer Belegschaft und die vielfältigen Bedürfnisse unserer Kundinnen und Kunden sowie unserer Geschäftspartner.

Die Vielfalt der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und Talenten eröffnet Chancen für innovative und kreative Lösungen.

Die Umsetzung der „Charta der Vielfalt“ in unserer Organisation hat zum Ziel, ein Arbeitsumfeld zu schaffen, das frei von Vorurteilen ist. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller

Orientierung und Identität. Die Anerkennung und Förderung dieser vielfältigen Potenziale schaffen wirtschaftliche Vorteile für unsere Organisation.

Wir schaffen ein Klima der Akzeptanz und des gegenseitigen Vertrauens. Dieses hat positive Auswirkungen auf unser Ansehen bei Geschäftspartnern, Verbraucherinnen und Verbrauchern sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern der Welt.

Im Rahmen dieser Charta werden wir

1. eine Organisationskultur pflegen, die von gegenseitigem Respekt und Wertschätzung jeder und jedes Einzelnen geprägt ist. Wir schaffen die Voraussetzungen dafür, dass Vorgesetzte wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter diese Werte erkennen, teilen und leben. Dabei kommt den Führungskräften bzw. Vorgesetzten eine besondere Verpflichtung zu.

2. unsere Personalprozesse überprüfen und sicherstellen, dass diese den vielfältigen Fähigkeiten und Talenten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie unserem Leistungsanspruch gerecht werden.

3. die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Organisation anerkennen, die darin liegenden Potenziale wertschätzen und für das Unternehmen oder die Institution gewinnbringend einsetzen.

4. die Umsetzung der Charta zum Thema des internen und externen Dialogs machen.

5. über unsere Aktivitäten und den Fortschritt bei der Förderung der Vielfalt und Wertschätzung jährlich öffentlich Auskunft geben.

6. unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über Diversity informieren und sie bei der Umsetzung der Charta einbeziehen.

Wir sind überzeugt: Gelebte Vielfalt und Wertschätzung dieser Vielfalt hat eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft in Deutschland.

A 4/II/2018

Anmeldung und Trauung gleichgeschlechtlicher Paare in den Standesämtern Berlin

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

Die SPD-Stadträte, die SPD-BVV-Mitglieder in den Bezirken, die SPD-Senatorinnen und SPD-Senatoren sowie die SPD-Abgeordneten des Abgeordnetenhauses von Berlin werden aufgefordert sich in ihren jeweiligen Bezirken dafür einzusetzen, dass die Standesbeamt*innen Schulungen in Hinblick auf den Umgang mit gleichgeschlechtlichen Paaren erhalten. Dabei sollte ihnen vermittelt werden, wie sie ohne (sprachliche) Stolperfallen die Anmeldung und die Trauung zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren durchführen. Zusätzlich sollten alle (PC-basierten) Formulare, Urkunden etc. umgehend in den Verwaltungen geändert werden, um einen reibungslosen und diskriminierungsfreien Ablauf sicherstellen zu können.

Weiterhin wird der Senat zu Berlin aufgefordert einen Bericht in welchem erläutert wird, welche Maßnahmen bereits vollzogen wurden bzw. in Planung sind sowie verdeutlicht wird, wo noch Bedarf besteht.

Begründung:

Seit dem 01.10.2017 wird die Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Paaren anerkannt. Doch wissen die Standesbeamt*innen zum Teil nicht, mit gleichgeschlechtlichen Paaren umzugehen, weswegen es öfter zu sprachlicher Diskriminierung kommt. Weiterhin geben einige Anmeldeformulare noch die Bezeichnungen „Ehefrau“ und „Ehemann“ vor. Dies trifft jeweils nur auf einen der beiden Partner*innen zu. Auch das PC-basierte Urkunden-System muss umgehend angepasst werden. So ist es beispielsweise in dem Bezirk Mitte nicht möglich, für gleichgeschlechtliche Paare eine Eheurkunde in dem Format A5 zu erhalten sondern nur im Format A4. Eine wirkliche Gleichstellung erhalten wir erst, wenn die vermeintlich „kleinen“ Diskriminierung schnellstmöglich aufgehoben werden.

11/II/2018

Unterstützung für Konzeptvorlage für Elberskirchen-Hirschfeld-Haus, E2H

Die SPDqueer Berlin fordert die sozialdemokratischen Mitglieder des AGH Berlin und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats von Berlin auf, dass sie das vorliegende Konzept für das "Queere Kulturhaus, Elberskirchen-Hirschfeld-Haus E2H", wie im Koalitionsvertrag durch R2G festgelegt, nach Vorlage und Prüfung valider Zahlen, die der Träger, hier: Freund*innenkreis Elberskirchen-Hirschfeld-Haus queeres Kulturhaus e.V. (E2H), vorlegt, weiterhin mit Nachdruck unterstützen.

Die Realisierung des queeren Kulturhauses, wie es in dieser Form nur noch in New York und Tel Aviv existiert, ist für den Kultur- und Vielfalt-Ort Berlin national, wie international von sehr großer Bedeutung. Deswegen stellt sich die SPDqueer Berlin mit Nachdruck hinter das Projekt und unterstützt seine Realisierung.

12/11/2018

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags,
die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

werden aufgefordert, aufgrund der zunehmenden menschenfeindlichen und gegen Mitglieder der LGBTTIQQ*-Community gerichteten Angriffe in Tansania, die vom dortigen Machtapparat ausgehen, die mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit örtliche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Gleichstellung queerer Menschen einsetzen, in signifikantem Maße materiell und ideell zu unterstützen, und die EU zu einem ebensolchen Schritt zu bewegen. Des Weiteren fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass der Internetauftritt des BMZ im Falle Tansanias aktualisiert wird.

Begründung:

Dänemark hat als erstes europäisches Land, als Reaktion auf die Aufrufe der Regierung in Tansania zu offener und gewalttätiger Verfolgung von LSBTTIQQ*-Menschen, seine Entwicklungszusammenarbeit für das Land als Sofortmaßnahme eingefroren.

Gelder in Höhe 8,71 Mio. € sind somit dem Zugriff des Regimes in Dodoma entzogen.

Entwicklungshilfeministerin Ulla Tørnæs betonte auf Twitter, sie habe sich zu dem Schritt aufgrund "inakzeptabler homophober Äußerungen" eines Gouverneurs entschlossen: "Die Respektierung von Menschenrechten ist für Dänemark von entscheidender Bedeutung."

Wir fordern daher die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags und der Bundesregierung auf, dem Beispiel Dänemarks zu folgen und ein solches Moratorium zu implementieren. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Europäische Kommission bereits ähnliche Schritte erwägt.

Des Weiteren soll der Internetauftritt des BMZ

[\(\[http://www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/tansania/index.html\]\(http://www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/tansania/index.html\)\)](http://www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/tansania/index.html)

überarbeitet und die inzwischen überholten Einschätzungen, vor allem inhaltlich („Tansania ist einer der politisch beständigsten und friedlichsten Staaten in Afrika südlich der Sahara und wirkt stabilisierend in einer Region, die durch zahlreiche Konflikte geprägt war und ist.“), angepasst werden.

13/11/2018

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Länderkammern in den Bundesländern,
die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundesrats,
die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestags,
die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung

werden aufgefordert, den Vorstoß des Landes Niedersachsen, die HIV-Prophylaxe nur für sog. „Risikopatienten“ und nur in Ausnahmefällen kostenfrei auf Rezept bereitzustellen, abzulehnen und einen entsprechenden Antrag des Landes im Bundesrat nicht mitzutragen.

Begründung:

Die SPDqueer setzt sich schon seit langem dafür ein, die sog. PrEP (Prä-Expositionsprophylaxe) flächendeckend und, wie in vielen anderen Ländern bereits üblich (Belgien, Frankreich, USA), sehr kostengünstig auf Rezept an Menschen, die sich aktiv gegen die Ansteckung mit HIV schützen wollen und somit dazu beitragen, eine Weiterverbreitung des HI-Virus zu verhindern, auszugeben.

In diesem Zusammenhang begrüßten wir den Vorstoß des Bundesministers für Gesundheit Jens Spahn vom Juli 2018, die PrEP an sog. „Risikogruppen“ gegen Rezept und einem vorherigen Aufklärungsgespräch sogar kostenfrei für den Patienten herauszugeben.

Der Vorstoß des rot-schwarz geführten Landes Niedersachsen führt diese Idee ad absurdum und zielt darauf, individuelles Verhalten ethisch-moralisch zu bewerten und zu dämonisieren, anstatt präventiv alles zu tun, damit das Virus auf lange Sicht besiegt wird.

Daher fordern wir alle sozialdemokratischen Abgeordneten in allen Kammern dazu auf, sich diesem unsinnigen und medizinisch äußerst gefährlichen Ansinnen entgegenzustellen und es zu verhindern.

Das Land bringt den Vorstoß am 23.11.2018 in den Bundesrat ein, deshalb muss dieser Antrag mit äußerster Dringlichkeit allen Gremien, aber insbesondere dem Parteivorstand der Bundespartei zur Kenntnis und zur weiteren Initiative, bekannt gemacht werden.

https://app.handelsblatt.com/politik/deutschland/hiv-prophylaxe-bundeslaender-wollen-anti-aids-pille-auf-rezept-stark-einschraenken/23658652.html?fbclid=IwAR18joF-ntNW3yUIBli5PrOk_VOPQP1Ny8kEmLOkc2FT3xtrO3V2Vzb6qO0&ticket=ST-3568890-yZXcTRmRQrx5CAiBgTup-ap1